



**FRANK JUNGBLUTH**

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL [spdpreise@Lt.niedersachsen.de](mailto:spdpreise@Lt.niedersachsen.de)

INTERNET [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)

[www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)

[www.twitter.com/SPD\\_FraktionNDS](https://www.twitter.com/SPD_FraktionNDS)

05.07.2016

Pressemitteilung Nr. 17/826

## **Tonne: CDU kommt vielleicht doch noch zur Besinnung**

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke, hat heute in Bezug auf den laufenden Parlamentarischen Untersuchungsausschuss die Notwendigkeit der Verfahrensvereinfachung eingestanden und will nun ebenfalls einen Ermittlungsbeauftragten einsetzen.

„Wir begrüßen, dass die CDU-Fraktion und Herr Nacke nun auf unseren Kurs einschwenken. Wir haben bereits vor Wochen die Vereinfachung des Verfahrens und die Einsetzung eines Ermittlungsbeauftragten gefordert. Offensichtlich sieht Herr Nacke jetzt ein, dass der Untersuchungsausschuss an seine Grenzen gestoßen ist, um Vorgänge mit hochsensiblen Daten parlamentarisch aufzuarbeiten. Nachdem der CDU-Bundesinnenminister und der Generalbundesanwalt erklärt haben, dass der Landtag aus Sicherheitsgründen keine Ermittlungsakten erhalten wird und potentielle Zeugen nicht werden aussagen dürfen, muss Nacke nun zurückrudern. Wir haben auf diese Probleme von Anfang an hingewiesen.“

Ein Ermittlungsbeauftragter würde das Untersuchungsverfahren deutlich vereinfachen. Er könnte wichtige Akten der Landesverwaltung sichten und dem Parlament

dann die Vorlage dieser Akten empfehlen. „Polizei und Sicherheitsbehörden wären somit entlastet und könnten wieder ihrer eigentlichen Aufgabe nachgehen“, so Tonne weiter. Der Parlamentarische Geschäftsführer kann sich darüber hinaus noch weitere Erleichterungen vorstellen: „Der eingesetzte Beauftragte könnte als Sonderermittler Voruntersuchungen vornehmen und diese dann in einem Ermittlungsgutachten dem Parlament vorlegen. Ein solches Verfahren würde uns Zeit und dem Steuerzahler einiges an Geld sparen. Wir sehen den Abstimmungsgesprächen beim Innenminister positiv entgegen und erwarten, dort eine vernünftige Arbeitsgrundlage festlegen zu können. Es ist nun an der Opposition, zur Vernunft zu kommen.“

Zudem verwahrt sich Tonne gegen die voreiligen Schlussfolgerungen von Seiten der Opposition: „Die Behauptungen von Herrn Nacke über ein systemisches Versagen unserer Sicherheitsbehörden weisen wir mit aller Deutlichkeit zurück. Ein solches Versagen ist durch nichts zu belegen. Wenn Herr Nacke nicht bereit ist, die Ergebnisse der Untersuchung abzuwarten, hätte er den ganzen Ausschuss gar nicht erst beantragen sollen“, so Tonne.